

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 7.

Charlottenburg, Freitag, den 14. Februar 1919.

Jahrg. 46.

Wiedereinführung der Sklaverei in Frankreich.*)

In Frankreich schmachten noch etwa 800 000 gefangene Deutsche, die trotz des Waffenstillstandsvertrages nicht freigelassen wurden, während die in Deutschland gefangen gewesenen Angehörigen der Weststaaten bereits am 13. Januar vollzählig abtransportiert waren. Bei dem Abschluß des Waffenstillstandsvertrages weigerten sich insbesondere die Franzosen, die Gegenseitigkeit anzuerkennen, so daß in der Tat eine ganz einseitige Nachteiligung der deutschen Kriegsgefangenen anerkannt worden ist. Die Franzosen teilten damals nicht mit, was sie mit den deutschen Kriegsgefangenen im Sinne hatten. Aber bereits damals lag uns eine Meldung aus dem neutralen Ausland vor, wonach die französische Regierung sich mit dem Plan trug, deutsche Kriegsgefangene als Sklavenarbeiten in Nordfrankreich zu verwenden. Wir hielten dies als diese Meldung für so ungeheuerlich, daß wir an die Möglichkeit ihrer Durchführung nicht glaubten und sie deshalb der Öffentlichkeit noch nicht unterbreiteten. Jetzt gehen aber neue Meldungen ein, und zwar diesmal in so bestimmter Form, daß der Zweifel ausgeschlossen ist.

Der französische Ministerrat hat Anfang Januar tatsächlich beschlossen, die deutschen Kriegsgefangenen zu Wiederherstellungsarbeiten in den verwüsteten Departements zu verwenden. Der Transport hat bereits begonnen; am 20. März sollen in den nordfranzösischen Kriegsgebieten mindestens 200 000 Kriegsgefangene zusammengezogen sein, um bei den Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten Beschäftigung zu finden. Die uns vorliegende weitergehende Meldung über eine beabsichtigte Verwendung der Kriegsgefangenen auf eine Zeit von 2 Jahren wird von französischer Seite einstweilen noch bestritten, aber man weist in Frankreich doch bereits darauf hin, daß auch diese Angelegenheit bei den Friedensverhandlungen zur Sprache kommen könnte. Darin ist schon eine indirekte Anerkennung der Möglichkeit dieser verwerflichen Politik, die 200 000 und mehr deutsche Kriegsgefangene im Jahre in französische Sklaverei preßt, ohne daß die zivilisierte Welt sich gegen die Vergewaltigung des Rechts und der Sittlichkeit empört zur Wehr setzt.

Französische Militaristen erklären fühlen Mühsal, diese Deutschen in den zerstörten Gebieten zusammengezogen, um all das wieder aufzubauen, was die Deutschen dort „demoliert“ hätten. Aber die Frage der Wiederherstellung Nordfrankreichs und auch anderer Teile Belgiens, die durch den Krieg gelitten haben, wird beim Friedensvertrag zu sprechen sein. Eine solche Pflicht ist bereits in dem Wilsonschen Programm enthalten oder ausgedrückt worden, das von allen Kriegführenden akzeptiert ist. Aber es ist bis jetzt nirgends geschrieben, daß Deutschland allein die Verwüstungen in dem Kriegsgebiete begangen hat, es ist vielmehr eine unbestreitbare Tatsache, daß die dort kämpfenden Armeen der Kriegführenden an der militärischen Zerstörung des Landes beteiligt waren. Franzosen und Engländer haben französische Gebiete dem Erdboden gleichgemacht, ebenso wie bei deutschen Anhängern die deutsche Artillerie ähnliche Verwüstungen angerichtet hat. Es ist also eine Ungerechtigkeit sondergleichen, nur den Deutschen die Verantwortung und die Pflicht zur Wiederherstellung aufzubladen. Und es ist geradezu unmenschlich, nun unsere in Frankreich gefangenen gebliebenen Landsleute ohne eine Spur von Recht

zu verurteilen, als Büßer für die Kriegsgreuel aller Nationen dort früher oder später ihre Tage in Sklaverei zu beschließen.

Wir bestreiten entschieden, daß den Franzosen auch nur ein Funken sittlichen Rechts zusteht, unsere Kriegsgefangenen in dieser Weise zu behandeln. Die Gefangenhaltung von Soldaten des anderen kriegführenden Teiles erfolgt während des Krieges, um zu verhindern, daß der Feind, mit dem man auf Tod und Leben kämpft, militärfähigen Zuwachs erhält, also eine Stärkung seiner Kräfte erfährt. Ausschließlich von diesem Standpunkte ist auch in dem großen Weltkriege die Kriegsgefangenenfrage beurteilt, was dadurch bewiesen ist, daß wiederholt Austauschverträge zwischen der deutschen und englischen sowohl als der französischen Regierung abgeschlossen wurden, nach denen invalide oder überhaupt kriegsuntaugliche Kriegsgefangene und Zivilinternierte Kopf um Kopf ausgetauscht wurden. Die einfachste Gerechtigkeit hätte geboten, daß der Waffenstillstandsvertrag einen ebensolchen Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen geregelt hätte, und wenn schon die Gegner glaubten, die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen erst dann erfolgen lassen zu können, wenn ihnen die Sicherheit geboten erschien, daß Deutschland die Feindseligkeiten nicht wieder eröffnen könnte, so ist diese Sicherheit ihnen jetzt seit mindestens 2 Monaten schon geboten.

Aber darum kümmert sich die französische Reaktion nicht. Sie betritt damit freilich nur Bahnen, die in Frankreich seit altersher begangen worden sind. Zwar erklärte in der großen französischen Revolution der Konvent von 1794 die Sklaverei für abgeschafft. Das hinderte aber den siegreichen Napoleon nicht, sie 1802 wieder durch einfache Verordnung einzuführen, und als im Jahre 1814 nach seiner Niederlage England von den Franzosen die Abschaffung der Sklaverei verlangte, vertrat der französische Gesandte Caulaincourt folgenden Standpunkt:

„In dem Artikel, der England am meisten angeht, befindet sich eine Klausel, die uns zwingt, den Sklavenhandel abzuschaffen; eine solche Klausel paßt sehr gut in den Vertrag mit Dänemark, aber nicht mit uns. Wenn Sie wollen, daß wir den Sklavenhandel abschaffen, so können wir uns durch Entgegenkommen mittewegs verständigen; aber eine Zwangsklausel, wie die von England beabsichtigte, kann nie von einer großen Nation, die Insulten doch nicht straflos hinzunehmen gezwungen ist, geduldet werden!“

Im Jahre 1918/19 kehrt das Frankreich des Herrn Clemenceau zu den alten Gewohnheiten von dazumal zurück. Zu diesem selben Zeitpunkt sind gerade 100 Jahre verflossen, seitdem Nordamerika die Sklaveneinfuhr bei Todesstrafe verbot. Es ist geradezu erschütternd, miterleben zu müssen, daß Völker, die sich bislang als Träger der Zivilisation in Europa betrachteten und bezeichneten, gegenüber dieser Schändlichkeit der französischen Regierung kein Wort verlieren. Wir meinen darunter selbstverständlich auch das französische Volk selbst, das zwar im Siegestaumel alles zu vergessen scheint, wofür auch bei ihm einst große Herzen schlugen und große Geister kämpften. Und wir meinen auch vor allem die französische Arbeiterklasse, von der man kein Wort des Protestes vernommen hat gegen die infame Verschleppung unserer deutschen Landsleute in nordfranzösische Sklaverei. Für die organisierten Arbeiter Frankreichs kann doch kein Zweifel bestehen, daß die Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau Nordfrankreichs nichts anderes darstellt, als die Wiedereinführung der Sklaverei. Sie unterscheidet sich in nichts von der alten Methode, die im Kriege gemachten Gefangenen als

*) „Correspondenzblatt“ der Generalkommission.

Arbeitsflaven unter das sonstige Eigentum des siegreichen Hauptlings und seiner edlen Recken einzurangieren. Und selbst wenn man aus der Terminologie der Juristerei „nachweisen“ würde, daß Unterschiede beständen, so müßte für die organisierte Arbeiterklasse Frankreichs eine solche Beweisführung nichts gelten gegenüber der Tatsache, daß hier Arbeiter gegen ihren freien Willen gezwungen werden, fern von ihrem Heimatlande zu bleiben, um Arbeiten zu verrichten, deren Ende sie nicht übersehen und auf deren Entlohnung und Arbeitsverhältnisse sie keinerlei Einfluß haben.

Wenn die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs wiederhergestellt werden sollen unter Anteilnahme der deutschen Arbeitskraft und deutschen Kapitals, so ist das eine Sache, die mit der deutschen Regierung zu vereinbaren ist. Diese Regierung setzt sich heute aus Vertretern der organisierten Arbeiterklasse zusammen, aus Sozialisten, die sich ganz gewiß nicht weigern werden, etwas anzuerkennen, was dem allgemeinen sittlichen Bewußtsein als recht und billig erscheinen könnte. Diese sozialistische Regierung Deutschlands hat wiederholt es als ihren dringendsten Wunsch ausgesprochen, einen gerechten Frieden so schnell als möglich herbeizuführen. Es ist nicht ihre Schuld, daß auch das Weihnachtsfest von 1918 nicht im Frieden gefeiert werden konnte. Und es ist ebensowenig ihre Schuld, daß wir heute noch nicht zum Frieden gekommen sind. Vielmehr haben es die alliierten Regierungen darauf angelegt, diesen „Frieden“ des Waffenstillstandsvertrages dazu zu verwenden, durch jeweilige einmonatige Verlängerungen neue und immer schändlichere Bedingungen von dem Deutschland der sozialistischen Arbeiter zu erpressen. Was jetzt aber geschieht, ist das schändlichste alles bisherigen: denn während Frankreich seine eigenen Landesfinder aus deutscher Gefangenschaft längst wieder bei sich zu Hause sieht, werden unsere nicht nur dort behalten, sondern verflammt.

Dagegen erheben wir Protest. Was dort geschieht, ist eine Verleugnung der Sittengesetze der Zivilisation, eine Verleugnung der Menschlichkeit. Dagegen zu protestieren, ist eine Pflicht eines jeden, der nicht widerspruchslos die Rückkehr zu den Gebräuchen der Barbarei längst entschwundener Zeiten vor seinen Augen geschehen lassen will.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

(1. und 2. Februar 1919 in Berlin.)

Aus den einleitenden Mitteilungen und Beschlüssen sei hervorgehoben:

Für die besetzten linksrheinischen Gebiete soll versucht werden, auf dem Weg über bestimmte Sammellstellen den Gewerkschaftsblättern Eingang zu verschaffen.

Nach Mitteilungen des Auswärtigen Amtes werden vier Vertreter der Gewerkschaften zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden. Das an die Leebster und Berner Beschlüsse sich anlehrende sozialpolitische Regierungsprogramm ist unterdes in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und im „Reichsanzeiger“ (Nr. 27 vom 1. Februar 1919) veröffentlicht worden.

In der Deutschen Liga für den Völkerbund hat Legien den Vorsitz für die sozialpolitische Abteilung übernommen.

Am 8. März soll eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam stattfinden. Daran wird festgehalten, auch als am zweiten Tag ein Telegramm aus den Kreisen der Internationale in Bern den sofortigen Zusammentritt dringend empfiehlt.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Gewerkschaften während der Revolutionszeit“, bespricht Legien zunächst Versuche zur Ausschaltung und Vergewaltigung der Gewerkschaften, wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Neuwahl von Ortsverwaltungen durch fremde Eingriffe erzwungen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu verweigern. Das Räte-system sei überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation, ferner zersplittere es die Einheit des Berufs-zweiges und mache, entgegen allen Gewerkschaftsanschauungen, den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, die gerade für die Schwächeren und unglücklicheren gerade für die Schwächeren und unglücklicheren hier auf: jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. Ein Bedürfnis für das Räte-system liege nicht vor, und erst eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter sei ganz denkbar. Nicht zu empfehlen es sich, präzisier als in dem Regierungskreis. Die wesentlichen gewerkschaftlichen Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen. Die Erörterung bewegte sich fast durchgehend in gleicher Richtung; im Baugewerbe lehnt man sogar mit größeren Vollmachten ausgerüstete Arbeiterauschüsse, mit denen die Betriebsräte ungefähr zusammenfallen könnten, ab,

weil die in engster Fühlung mit den Gewerkschaften stehenden Baustellenbelegierten vorzuziehen seien. Von anderer Seite wurde die Schwierigkeit der Eingliederung der Arbeiterräte zwar nicht verkannt, aber empfohlen, die vielfach tüchtigen Elemente möglichst unmittelbar für die Gewerkschaften nutzbar zu machen. Meist lag auch die Meinung zum Ausdruck, daß mit der Rückkehr normaler Zustände das Räte-system seine Bedeutung ganz von selber verlieren werde. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes warnte gleichfalls vor Ueberschätzung der gegenwärtigen enttäuschenden Erfahrungen. Diese seien auf Einzelgebiete beschränkt, im großen und ganzen sei jedoch auch heute noch immer ein guter gewerkschaftlicher Geist festzustellen. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes erblickt in den vorgeschlagenen Arbeitskammern für den Bergbau ein zweckmäßiges Mittel, die wüß durcheinanderlaufenden Strömungen in den Bergrevieren zu klären und auf bestimmte Ziele hinzulenken. Im Steindruckgewerbe, das zu zwei Dritteln auf den Export angewiesen ist, haben die Arbeiterräte durch ihre wilden Lohnstreikereien geradezu eine tolle Verwirrung angerichtet. Von einer Beschlusfassung sah man ab, doch soll die Gewerkschafts- presse aufmerksamer die Tätigkeit der Arbeiterräte verfolgen.

Beim Punkt: „Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungsmöglichkeiten“, schilderte Sassenbach seine Berliner Erfahrungen als Leiter der kommunalen Fürsorgeorganisation, die bereits ein Bureau von 1200 Köpfen beansprucht. Täuschungen sind bei der Inanspruchnahme der Gemeindehilfe nichts Seltenes, andererseits sind aber auch viele Berichte über annehmbare Beschäftigungsangebote und deren Zurückweisung übertrieben und unbegründet. Speziell für die Ruhrbergleute wies der Vertreter der Bergarbeiter auf die Ansammlung immer größerer Lagerbestände hin, das allein schon die maßlosen Klagen über die allgemeine Arbeitsunlust widerlege. In Oberschlesien und im Halleschen Braunkohlenrevier sei allerdings die Sachlage wesentlich bedenklicher infolge nationalistischer und spartanischer Einflüsse. Immerhin wurde allseitig der tatsächliche Rückgang der Arbeitsleistung zugestanden und bedauert, und die neuen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge Berechtigung zu erkannte. Die Frage Legiens, wie sich die Gewerkschaften hinsichtlich der von ihnen gewährten Arbeitslosenunterstützung weiterhin verhalten sollen, wurde allgemein dahin beantwortet, daß diese nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden könne. Ob die Bezueher von Erwerbslosenunterstützung Beitrag zu zahlen haben, bleibt bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse weiter den einzelnen Verbänden überlassen — ebenso, als später die Beitragspflicht der im Sicherheitsdienst oder Grenzschutz tätigen Mitglieder angeschnitten wird.

Leipart berichtet über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften. Die bisherigen, nicht geringen Kosten sind von der Seite der Unternehmer voranschüßweise verauslagt worden; die Gewerkschaften müssen nun ihrerseits an ihren Beitragsteil denken. Ein gewisser Widerstand hat sich zu regen begonnen, weil manche Unternehmerkreise den wirtschaftspolitischen Tätigkeitskreis, also auch die Mitkontrolle der Gewerkschaften hierbei, zu weitgehend finden. Ferner möchten viele Unternehmer die Arbeitskammerfrage in der Verfassung verschwinden lassen, weil das paritätische Zusammenwirken in der Arbeitsgemeinschaft das höhere Ziel darstelle und deshalb nicht beeinträchtigt werden dürfe. Demgegenüber haben die Gewerkschaftsvertreter stets betont, daß sie auf den öffentlich-rechtlichen Boden, den sie durch die Arbeitskammern erhalten, nicht verzichten wollen und können. In vielen Zweigen schreite zudem die Bildung der Fachgruppen und -ausschüsse sehr langsam fort. An die Stelle Schlicke's, der das Arbeitsministerium in Württemberg übernahm, müsse abermals ein sehr tüchtiger und energischer Gewerkschaftsvertreter rücken, um unermüdet nach vorwärts zu drängen und kein Übergewicht der sehr geschäftserfahrenen Arbeitgebervertreter aufkommen zu lassen. Die Aussprache enthüllte noch manchen stillen Widerstand in Unternehmerkreisen, auch manche Gegensätze, beispielsweise auf handelspolitischem Gebiet, um deren willen öfter schon eine Verengerung der grundlegenden Satzungen erstrebt wurde. An Stelle Schlicke's, auch im Demobilisierungsamt, wurde schließlich Cohen-Berlin gewählt.

Weiter nahm die Konferenz folgende Entschließung an:

Protest gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener.

Die Konferenz der Vorstandsvorstände erhebt im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands Einspruch dagegen, daß nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages, entgegen allen Grundsätzen des Völkerrechts, die deutschen Kriegsgefangenen zurückgehalten werden, während von Deutschland die Kriegsgefangenen reiflos ausgeliefert sind.

Sie protestiert insbesondere gegen die von der französischen Regierung beschlossene Verwendung der Kriegsgefangenen zu Zwangsarbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Die Konferenz ersucht die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder,

sich diesem Protest anzuschließen und ihren Einfluß zur Aufhebung dieser ungeheuerlichen Maßnahme geltend zu machen. —

Der nächste Gewerkschaftskongreß soll am 30. Juni in Nürnberg stattfinden. Auf Anregung von Thomas und Leipart wird eine Kommission gewählt, die ein Aktionsprogramm für die Gewerkschaften und die Satzungen für den Bund der deutschen Gewerkschaften auszuarbeiten soll; auch die Sozialisierungsfrage soll von ihr behandelt werden.

Zu einer Aussprache kam es noch über die Antwort, die das Reichsarbeitsamt auf die Eingabe, betr. das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung, erteilte; ferner über die Stellungnahme des „Gastwirtsgehilfen“ zur Kellnerinnenentlassung. Ob die „Oswiata“ wieder achtätigig erscheinen soll, wird den beteiligten Verbänden zur Begutachtung unterbreitet werden. Dem Protest der Heeder gegen die Art der Inanspruchnahme der deutschen Handelsflotte durch die Entente schließt sich die Konferenz nach den Darlegungen Dörings nicht an. Ebenso wird ein Antrag der Holzarbeiter in Stuttgart, von der Nationalversammlung die gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes zu fordern, als nicht durchführbar abgelehnt; ebenso die Gewährung von Kinder-Teuerungszulagen an die Angestellten der Generalkommission. Die Erörterung Grenzstreitigkeiten zwischen Porzellanarbeitern und Fabrikarbeitern bleibt der nächsten Konferenz vorbehalten.

Aus unserm Berufe.

Berlin. In der Zeit der vielbeschrienen hohen Löhne der Arbeiterschaft im allgemeinen ist es vielleicht von Interesse, zu hören, unter welchen kläglichen Verhältnissen einzelne Arbeitergruppen in unseren Kollegenkreisen ihr Leben fristen. Die Apotheker-Standgefäßmaler in Berlin leiden darunter, daß sie überhaupt kein gesichertes Einkommen haben. Es kommen durchweg nur gelernte, verheiratete Kollegen im besten Mannesalter in Betracht. Ihre Arbeitsstellen sind drei größere Betriebe und vier Kleinbetriebe. Nur der eine größere Betrieb hat soviel soziale Rücksicht gezeigt, daß er seinen Malern ein Existenzminimum von 20 Mk. wöchentlich garantiert. Bei den Kleinmeistern sind Wochenverdienste von 10—15 Mk. an der Tagesordnung. Es ist natürlich im hohen Maße verwunderlich, daß sich die Kollegen diese Zustände so lange stillschweigend gefallen lassen. Aber auch ihre Geduld hat ein Ende, wie ihr geschlossenes Eintreten zum Porzellanarbeiterverband beweist. Es rächt sich aber hier, daß die Apothekermaler sich solange von ihrer Berufsorganisation abgehalten, sonst würden diese traurigen Verhältnisse in ihrem Beruf nicht mehr vorhanden und so fest eingewurzelt sein. Auch im Reich muß man leider feststellen, daß sich die Kollegen dieser Branche für ihre internen Berufsverhältnisse so wenig interessieren. Es herrschen hier noch die alten, rückständigen Anschauungen, das sogenannte gemütliche Arbeiten, welches es den Kollegen ermöglicht, ein paar blaue Tage zu machen, was nachher bei angestrengtester Affordschieberei wieder wettgemacht wird. Auch für Berlin traf dieses zu. Augenblicklich muß man zwar in Berlin zugeben, daß es an Aufträgen mangelt, jedoch muß man sich wenigstens seinen Arbeitern eine bescheidene Existenzmöglichkeit zusichern. Wenn es den kleineren Betrieben nicht möglich ist, haben dieselben eben ihre Daseinsberechtigung verloren, wenigstens kann man nicht zugeben, daß sie noch fernerhin Gehilfen beschäftigen, wenn nicht für genügend Arbeit gesorgt werden kann. Die Hauptaufgabe aller Kollegen der Standgefäßmalereien nicht in Berlin, sondern im ganzen Reich sein, endlich mal geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, was aber nur erreicht werden kann, wenn sich alle Kollegen ihrer zuständigen Berufsorganisation, dem Porzellanarbeiterverband, anschließen, und nach wie vor bestrebt ist, seinen Mitgliedern eine auskömmliche Existenz zu schaffen. Es ist schon leider bedauerlich, daß die Kollegen solange gewartet und damit an den augenblicklichen Verhältnissen die größte Schuld tragen. Es gilt hier noch große Arbeit zu leisten; den Kleinmeistern dieser Branche muß es überlassen bleiben, ihre Verkaufspreise so zu regeln, daß sie ihren beschäftigten Arbeitern ein Auskommen bieten können und gleichzeitig die Schmutz- und Schleuderkonkurrenz in ihren Kreisen beseitigen.

Die Zahlstelle Berlin hat nun für die Kollegen bei den beschäftigten Betrieben der Berliner Standgefäßmalereien die Forderung eingereicht, den Malern einen Mindestwochenverdienst von 20 Mk. zu sichern, außerdem fordert sie einen 100 prozentigen Vordauschlag auf die Friedenspreise von 1914.

Wir hoffen bestimmt, daß die Firmen diesen äußerst berechtigten Ansprüchen ihrer Maler voll entsprechen, sonst müßte die Aufgabe des Schlichtungsausschusses sein, mal in dieser Angelegenheit mit den Firmenhabern ein ernstes Wort zu sprechen.

Zum Schluß richten wir aber nochmals an die Apothekermaler allerorts die dringende Aufforderung, sich dem Verbandsanzuschließen und durch treues Festhalten, durch intensive, eifrige Agitation und Aufklärung unter ihren Kollegen dafür zu sorgen, daß es auch mit dieser Branche endlich etwas vorwärts geht.

Hennigsdorf. Nachdem auch die hiesigen Porzellanarbeiter zu der Erkenntnis gekommen sind, daß nur die freie Gewerkschaft der Porzellan- und verwandten Arbeiter die einzige Möglichkeit zur Erlangung besserer Lohn- und Lebensbedingungen zu bieten vermag, sind nun auch fast sämtliche hier Beschäftigte der hiesigen Zahlstelle beigetreten. Nur dadurch konnte auch unserer letzten Lohnbewegung ein voller Erfolg beschieden sein. Mit der Direktion wurde vereinbart, daß in der Dreherei ein Stundenlohn von 2,36 Mk. für männliche und 1,50 Mk. für weibliche Beschäftigte zu Grunde zu legen ist. Alle in Afford oder Stücklohn vergebenen Arbeiten müssen nach diesem Grundlohn berechnet werden. Auch für Massemühle und Brennhaus wurden ähnlich günstige Bedingungen geschaffen. Soweit in einzelnen Abteilungen eine endgültige Regelung noch nicht stattfand, läßt sich doch auch hier ein voller Erfolg erhoffen, wenn unsere neugeworbenen Mitglieder treu zur Fahne halten. Die achtstündige Arbeitszeit ist für alle Beschäftigten restlos anerkannt worden. Auch verschiedene Betriebsmängel, die sich gegenwärtig noch recht unangenehm bemerkbar machen, dürften mit der Zeit endgültig beseitigt werden.

Am Donnerstag, den 30. Januar, fand eine ziemlich gutbesuchte Zahlstellenversammlung statt. Der Kassierer gab zunächst einen kurzen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, aus dem zu ersehen war, daß namentlich das letzte Vierteljahr ein sehr günstiges Ergebnis gebracht hat. Die Mitgliederzahl ist auf über 150 gestiegen. Nachdem der Ausschuß über seine letzte Tätigkeit berichtet hatte und einige Ergänzungswahlen zur Verwaltung vorgenommen waren, kamen noch verschiedene Werkstattangelegenheiten zur Sprache, über die, soweit nötig, Abhilfe geschaffen werden soll. Eine arrangierte Fidelitas hielt die Anwesenden noch bis in die späte Stunde beisammen.

Zum Schluß sei der hiesigen Kollegenchaft noch besonders ans Herz gelegt, treu zur Sache zu stehen und hauptsächlich auch die Versammlungen vollzählig und regelmäßig zu besuchen.

Literarisches.

Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie. Ein Volksschullehrer wendet sich in dieser, kurz vor Ausbruch des Weltkrieges erschienenen Broschüre an seine Kollegen. In warmherzigen Worten macht er sie aufmerksam auf die sozialen Uebelstände, unter denen die Kinder des Proletariats heranwachsen. Er schildert die Mischbrödelstellung der Volksschule und verlangt die Einheitschule, die nur von der Sozialdemokratie wirklich ernsthaft verlangt wird und nur von ihr durchgeführt werden kann. Den Sozialismus kennen lernen und zu begreifen suchen, was in den Volksmassen so lebendig dem Licht entgegenbrängt, das verlangt er vom Volksschullehrer und er schließt mit der Hoffnung, daß diejenigen, die ihn verstehen, auch begeisterte Kämpfer für ihn werden.

Die Broschüre ist erschienen im Verlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, sie kostet 1,50 Mk. und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen oder vom Verlage gegen Einsendung von 1,65 Mk. oder gegen Nachnahme des Betrages. Ein Verzeichnis von „Schriften über Religion und Schule“ wird von derselben Geschäftsstelle auf Verlangen kostenlos zugesandt.

An die Zahlstellenkassierer!

Die Beitrittserklärungskarten sind noch nie so unvollständig und unleserlich ausgefertigt worden als gegenwärtig. Die dadurch bedingten vielen Rückfragen bedeuten eine recht unnötige Mehrarbeit, die vermieden werden kann und muß, um so mehr, als die Arbeit im Verbandsbureau nur durch überlange Arbeitszeit bewältigt werden kann. Ferner bedeuten diese Rückfragen bei den gesteigerten Portofakten eine nicht unwesentliche Erhöhung des Ausgabenkontos für Porto.

Ich mache deshalb nochmals darauf aufmerksam, die Beitrittserklärungskarte auf das genaueste auszufertigen. Besonders die Namen der Anmeldenden bitte ich deutlich lesbar zu schreiben, ebenso muß der wöchentlich zu zahlende Beitrag angegeben werden, dabei ist zu beachten, daß der Verbandsbeitrag dem Verdienst entsprechend gezahlt werden muß.

Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß jedem Uebertrittsgesuch, außer dem Beitrags-Quittungsbuch der bisherigen Organisation, auch eine genau ausgefertigte Beitrittserklärungskarte beizufügen ist. Bitte betreffs der Uebertritte die Bestimmungen des § 21 der Statuten zu beachten, besonders die, daß die Beiträge bis zum Tage des Uebertritts in der bisherigen Organisation entrichtet sein müssen.

W. H e r d e n.

Mit einer früheren Nummer der „Ameise“ erhielten die Kassierer das Formular zur Statistik über Arbeitslosigkeit und

Unterstützung im Verbands (Formular vom Juni 1917) pro 4. Quartal 1918. Von sehr vielen Zahlstellen ist das ausgefertigte Formular noch nicht zurückgesandt. Diejenigen Kassierer, welche damit noch rückständig sind, wollen nun Ausfertigung und Einreichung schleunigst bewirken. Bei der Gelegenheit sei wieder einmal allgemein gebeten, statistische Karten und Formulare immer pünktlich zu erledigen. Es ist ein bedauerlicher Zustand, wenn die fälligen statistischen Ergebnisse der Generalkommission und dem Statistischen Amt unvollständig, verspätet oder schließlich gar nicht übermittelt werden können wegen unpünktlichen Eingängen aus den Zahlstellen.

Oeffentliche Bitte.

Unser alter fünfundsechzigjähriger Kollege August Freund in Bunzlau bittet alle Kollegen und Kolleginnen um eine Unterstützung. Seit fünf Jahren Invalide, hat er immer noch stundenweise arbeiten können, nun kann er auch das nicht mehr. Er braucht mindestens 12 Mk. wöchentlich, während seine Invalidenrente nur 30 Mk. monatlich beträgt. Als er noch konnte, gab er Bedürftigen auch. Die Zahlstelle bittet Gelder zu senden an den Kassierer Heinrich Wagner, Bunzlau i. Schl., Sprottauerstr. 3. Ueber alle Eingänge erfolgt Quittung in der „Ameise“.

Adressen-Änderungen.

Bayreuth. Vorsitzender: Hugo Seebach, Wiejenstr. 4; Schriftführer: Karl Franke, Maxstr. 45; Kassierer: Grete Franke, Maxstr. 45; Revisoren: Johann Föbel, Munkerstr. 6, und Mich. Weizdörfer, Grabenreutherstr. 15; Beisitzer: Karl Kröniger, Girschenstr. 37 1/2.

Frankfurt a. Oder. Vorsitzender: Heinrich Thun, Maler, Große Fruchtstr. 10 b; Schriftführer: Willi Brasse, Maler, Bergstr. 7; Kassierer: Emil Ulrich, Maler, Küstrinerstr. 22; Revisoren: Johanna Wich, Maler, Oderstr. 44, II, bei Hampel; August Voigt, Maler, Wilhelmplatz 20.

Geringswalde i. Sa. Vorsitzender: Emil Gajch, Nr. 19; Schriftführer: Osk. Schneider, Obere Hauptstr. 112; Kassierer: Erwin Schuricht, Dittmannsdorf 36; Revisor: Paul Möbius, Hauptstr. 92.

Girschau (Oberpfalz). Vorsitzender: Leonhard Groth, Dreher; Schriftführer: Wilhelm Kühn; Kassierer: Vinzenz Schreiner, Dreher; Revisoren: Johann Dietrich, Arbeiter; Andreas Schwinger, Dreher.

Hennigsdorf. Vorsitzender: Alfred Andrich, Mathenastr. 4; Kassierer: Joseph Futschek, Seilerstr. 6; Schriftführer: Bernhard Hammerichmidt, Mathenastr. 8; Revisoren: Karl Wieje, Berlinerstr. 38, und Lisk. Jachnow, Ketten (Markt), Wilhelmstr. 13 a; Beisitzer: Erich Rad, Berlin-Fegel, Brunowstr. 50, und Paul Nojch, Seilerstr. 6.

Hüttengrund. 1. Vorsitzender: Hermann Gerchert, Brenner, Nr. 84a; 2. Vorsitzender: Lina Widlein, Verpukerin, Nr. 33a; Kassierer: Emil Butters, Dreher, Nr. 23; Schriftführer: Karl Klöber, Pader, Nr. 49; Revisoren: Wilhelm Baber, Pader, Nr. 47 1/2, und Max v. d. Wehd, Pader, Nr. 16, und Kathalie Langbein, Stangerin, Nr. 45.

Hüttensteinach (S.-M.) Vorsitzender: Georg Pauer, Maler; Schriftführer: August Apel, Maler; Beisitzer: Albin Thees, Kaffeischlager, Hugo Martin, Maler; Revisoren: Carl Ruppert, Dreher, Heinrich Lürking, Pader; Bibliothekar: Max Heublein, Kapieldreher.

Langenweien. Vorsitzender: Oskar Hartung, Maler, Peterstr. 10; Schriftführer: Otto König, Gießer, Hauptstr. 130; Kassierer: Edm. Schifferth, Maler, Burgstr. 9; Revisoren: Constant Voigt, Gießer, Almenauerstr. 13; Bruno Konrad, Mühlenstr. 14.

Reichmannsdorf b. Gräfenhain (Thüringen). Vorsitzender: Albert Müller, Saalfelderstr. 194; Schriftführer: Albin Kühnlenz, Burg; Kassierer: Gustav Seidel, Burg.

Suhl. Schriftführer: Karl Hoffmann, Maler, Launetter 16; Revisoren: Karl Schlotz, Schlenkerstr. 41, und Frik Berner, Gothaerstr. 62, beide Maler.

Sobenschau. Vorsitzender: Christian Schmott, Maler; Schriftführer: Otto Krämer, Maler; Kassierer: Jakob Wild, Dreher; Revisoren: Heinrich Scholz, Maler; Hermann Rensky, Maler.

Verjammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Verjammlungen erwünscht.

Golditz. Die Zahlstellenverjammlung findet immer am zweiten Sonntag eines Monats statt.

Berlin. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 Uhr: Zahlstellenverjammlung bei Bollschlager, Adalbertstr. 21.

München. Samstag, den 15. Februar, im „Goldenen Lamm“, Freigartstr.

Nachmittags 4 Uhr: Verjammlung der Lehrlinge mit ihren Eltern.

Abends 6 Uhr: Verjammlung der Lehrlinge mit ihren Eltern. Tagesordnung sehr wichtig! Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Eisenberg. Sonnabend, 15. Februar, bei Max Obst.

Zeitz. Nr. 1, Sonntag, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Reichshaus“, Obere Hauptstr.

Bad Nauher. Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Gasthaus zur Post“. Erscheinen aller Mitglieder, auch der weiblichen, ist notwendig.

Frankfurt a. d. O. Freitag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Gräfenhain. Sonnabend, den 1. März, abends 8 Uhr, zum Strickerhaus.

Totenliste unserer im Felde gestandenen Kollegen.

Selb. Karl Benda, Schleifer, geboren am 19. Mai 1879, gestorben am 10. Oktober 1918 im Genesungsheim zu Grems a. D. Mitglied seit 1907.

— Ernst Mätziger, Maler, geboren am 9. September 1898 zu Selb, gefallen am 11. Oktober 1918 bei Ruedel an der Maas. Mitglied seit 1915.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.

Althaldensleben. Johann den Hertoh, Steingutdreher, gestorben am 29. Januar 1919. Krankheitsdauer 70 Wochen.

Selb. Lorenz Griebhammer, Dreher, geboren am 6. Februar 1881 zu Selb, gestorben am 11. Januar 1919 an Gehirnentzündung. Mitglied seit 1911.

— Max Sommerer, geboren am 14. August 1886 zu Selb, gestorben am 10. Januar 1919 an den Folgen der im Kriege zugezogenen Krankheiten.

Sophienau. Ernst Barth, Dreher, geboren den 27. März 1878 in Lannhaujen, gestorben den 25. Januar 1919 an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1906.

Ehre ihrem Andenken!

Charlottenburg.

Da es die örtlichen Verhältnisse des Versammlungslokals nicht gestatten, die Bücher der Bibliothek in den laufenden Zahlstellenverjammlungen, wie es sonst üblich, den Mitgliedern auszuhändigen, hat sich der Bibliothekar auf Wunsch der Verjammlung bereit erklärt, dieselben in seiner Wohnung auszugeben.

Die Mitglieder der Zahlstelle können nunmehr jeden Donnerstag, von 5—8 Uhr nachmittags, aber nur während dieser Zeit, bei dem Kollegen Paul Jarges, Mehringstr. 12, Gartenhaus, 1 Treppe, Bücher abholen.

Arbeitsmarkt.

2 tüchtige Formengießer

und

1 bis 2 Dreher

ge sucht: Rheinsberger Steingutfabrik, C. & G. Carstens, Rheinsberg i. Mark.

Modelleinrichter, Abgießer und Formengießer für Geschirrbrennerei, jetzt vom Militär entlassen, 21 Jahre alt, sucht möglichst sofort Stellung. Oskar Holzheuer, Eisenberg, S.-M., Klosterlausnitzerstraße 3.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung

Oskar Rottmann, Stadtilm.

**Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere
Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen**

(mit Stöpsel zahle 5—10 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft zu höchsten Preisen die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Böhmisch-Platz 17.

Goldflaschen, alle goldhaltigen Malrückstände

kauft bei schneller, reeller Bedienung höchstzahlend. Für 5- und 10-Gramm-Flaschen mit Stöpsel zahle 4 Pf. pro Stück.

A. Langhammer, Wilkau bei Zwickau, Sa.

**Alle Malrückstände, Goldflaschen,
goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw.**

kauft zu höchsten Preisen

Otto Seffert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32,

Schnelle, reelle Bedienung

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Gerden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 28.